

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 436. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 100.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 18. September 1906.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon 155; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Bauhausstr. 8. Schriftleitung: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Verleger: Carl Köhler in Halle a. S.

Deutschland.
Halle a. S., 18. September.
* Graf Göben, der bekanntlich vor dem Bringen Solenose als Staatssekretär der Kolonien in Aussicht genommen worden war, wegen des Aufstandes aber in Ostafrika bleiben mußte, bis er aus Gesundheitsgründen dem Gouverneurposten auswich, hat jetzt, wie bereits mitgeteilt, öffentlich erklärt, seine Kränklichkeit sei völlig gehoben und seine Gesundheit im europäischen Klima durchaus gut. Daraus wird geschlossen, so meint die „Magdeburger Ztg.“, daß Graf Göben bereit ist, in das Reichsministerium als Unterstaatssekretär einzutreten, falls der Reichstag dieses Amt bewilligen wird.

* Bei der Beichtigung der Jubiläumsausstellung für Kunst und Kunstgewerbe durch den Großherzog und die Großherzogin in Karlsruhe erwiderte auf die Ansprache Dr. Hoffmann der Großherzogin mit folgenden Worten: „Ich bezeichne den Eintritt in die mit so großer Ausbreitung, die ich Ihnen zwar sehr dankbar für alles das, was Sie über mein Wirtden daran gesagt haben; allein glauben Sie mir, und Sie werden meine Ansicht wohl teilen, daß dies nur möglich war dadurch, daß alle zusammenwirkenden, zunächst auf dem Gebiete der Kunst. Sie wissen ja, wie ich viele Anstrengungen mit einem Blick zu einem großen Ganzen erwiderte. Als jüngst es unternommen werden sollte, eine Akademie zu gründen, nach was alles in den Anfängen begriffen, und jedermann anerkennt, daß es nicht kommen würde. Und was ich erkannte? Ein verheißenes Ganges, fortwährend hoffentlich für die Zukunft. Daß sich daran das Gewerbe anfügte, daran war die Kunst nicht; sie hat das Gewerbe auf die Höhe gebracht, was wir einen so schönen Beweis in dieser Ausstellung finden. Und ich betone nochmals, die Kunst ist es, die zuerst entwickelt werden mußte, um das Gewerbe auf diese Höhe hinauf zu führen. Und diese Freude empfinden wir heute und gleichzeitig den Dank für alle Leistungen, welche diesem ermöglicht haben, das es mit möglich ist. Dieser schönen Ausstellung beizuhelfen, das erweise ich in Dankbarkeit gegen Gott an. Ich hätte nicht gewußt, daß ich diese Jubiläum erleben darf, und ich bitte alle, zu glauben, daß Sie mir durch Ihre Einladung eine große Freude bereitet haben. Mögen die folgenden Jahre Ausstellung recht segensreich sein und mögen Sie alle von diesen Folgen reichlich betroffen werden. Das ist mein treuer Wunsch.“

* Se. Majestät der Kaiser. Zur Frühstücksstafel bei Seiner Majestät dem Kaiser im königlichen Schloß in Breslau waren am Montag geladen der Kronprinz mit dem Hofmarschall von Trotta und Major von Oppen und der Herzog von Connaught mit Gefolge. Der Kronprinz um 3 Uhr 20 Minuten mit dem Fahrplanmäßigen Schnellzuge nach Berlin abgereist.

* Das Jagdhaus in Nominen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Ein englisches Blatt hat sich aus Berlin Einzelheiten über größere bauliche Veränderungen am kaiserlichen Jagdhaus in Nominen melden lassen, durch die der einfache Waldhof in ein Landhaus mit anpruchsvoller Architektur umgewandelt werden solle. Wir müssen diese Geschichte als blanke Erfindung betrachten. Selbst vor zwei Jahren in Nominen ein Nigél angeblich worden, der Wohnort für die Kaiserin enthielt, hat Kaiser Wilhelm an dem Zustande des Jagdhauses nichts ändern lassen, wenn „Salon“ überhaupt der passende Ausdruck für ein solches hölzernes Wohnhaus ist.“

* Von der Eisenbahn. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Zu den am 1. Oktober im Bereich des deutschen Eisenbahnverkehrsverbandes in Frankfurt getretenen Vereinigungen für die Einmündung von Betriebswegen sind von verschiedenen Seiten Änderungen angefragt worden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie wir hören, die künftige Eisenbahndirektion Hannover beauftragt, die gemachten Vorschläge im deutschen Eisenbahnverkehrsverband zur Erörterung zu bringen.

* Deutsche Fabrikanten bei Roosevelt. Präsident Roosevelt empfing in Otterban eine Abordnung deutscher Fabrikanten, welche ihm Beschwerden über das Zollverfahren der Vereinigten Staaten unterbreiteten. Roosevelt erklärte, die Abordnung solle ihre Beschwerden dem Beamten des Schatzamts und des Staatsdepartements eingehen unterbreiten, welche ihm dann darüber berichten würden. Die Abordnung hat sich sogleich nach Washington begeben.

* Die internationale diplomatische Arbeiterkongressen sind in Bern am Montag durch das Mitglied des Bundesrats, Departementschef für Handel, Industrie und Landwirtschaft Dr. Deucher eröffnet worden. Die ehemaligen Bundesratsmitglieder Frey und Aghena wurden zum Vorsitzenden bzw. zum Vizepräsidenten gewählt und das vorgeschlagene Programm wurde genehmigt. Nach einem Meinungsaustrausch über das Verbot der Verwendung von gelbem Phosphor in der Zündholzfabrikation wurde die Sitzung geschlossen.

Die Quellen der sozialdemokratischen Parteiinanzien.
Dem für den Mannheimer Parteitag bestimmten Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist eine tabellarische Uebersicht über die Herkunft der Parteibeiträge beigegeben. Während früher die Ernte, die Gelder gebandt hatten, nur in alphabetischer Reihenfolge angeführt wurden, sind diesmal zwei Tabellen, eine für die Beiträge der Organisationen und eine für sonstige Beiträge, herbeigeführt worden. Die Organisationen sind nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstagswahlkreise geordnet, und die Summen sind für jede preussische Provinz und jeden Bundesstaat zusammengefaßt, so daß sich imwider erkennen läßt, in welchen Teilen des Reiches die sozialdemokratische Organisation die

stärksten Wurzeln geschlagen hat. Die Hauptposten der Quellen lauten:

Provinz Ostpreußen	652,-
„ Westpreußen	47,80
„ Brandenburg	160 124,23
„ (einst. Groß-Berlin 156 526,39)	
Provinz Hannover	1 132,22
„ Böhmen	51,85
„ Schlesien	4 980,58
„ Sachsen	5 354,86
„ Süddeutsche Staaten	6 179,96
„ Hannover	2 939,51
„ Westfalen	3 196,01
„ Ostpreußen	4 305,84
Rheinprovinz	5 542,63
Preußen insgesamt	42 737,29
Bavarn	3 975,41
Sachsen	39 400,-
Württemberg	1 389,-
Baden	860,47
Hessen	2 500,-
Wesfalen-Schwerin	400,-
Sachsen-Meiningen	349,-
Oldenburg	1 523,48
Brandenburg	425,-
Sachsen-Weimarn	128,86
„ Altenburg	1 000,-
Hamburg-Gotha	358,16
Anhalt	513,42
Schwarzburg-Rudolstadt	153,26
Meißen	600,-
Sachsen	1 400,-
Bremen	2 000,-
Hamburg	35 000,-
Westpreußen	103,64

Unter den sonstigen Beiträgen ist Berlin noch mit 8350,09 Mf. angeführt, Hamburg mit 1910,48 Mf. Von den 297 341,85 Mf., die die allgemeinen Einnahmen im Reichstagsjahre betragen haben, hat also die Provinz Brandenburg allein 160 124,23 Mf., und davon wieder Groß-Berlin 156 526,39 Mf. an Leistungen der Organisationen, und letzteres außerdem noch 8350,09 Mf. an diversen Beiträgen abgedeckt.

Auch die obige Tabelle bestätigt lediglich, daß für die sozialdemokratischen Bestrebungen die Großstädte und Industrieregionen der dankbarste Boden sind und daß die Sozialdemokratie in vorwiegend ländlichen Bezirken ihren Weizem am wenigsten blühen sieht. Es ist gewiß bezeichnend, daß das rote Berlin der sozialdemokratischen Parteiführer mehr Beiträge liefert als eine lange Reihe von Bundesstaaten und preussischen Provinzen zusammengekommen, und es ist nicht minder lehrreich, daß die Großstadt Hamburg an sozialdemokratischen Beiträgen beinahe ebenso viel aufbringt wie das stark industrielle Königsreich Sachsen.

Die Ereignisse in Rußland.

Das Ministerium Stolypin.
In Petersburgs Kreisen der gemäßigten liberalen Kadettenpartei gibt man sich trotz Trepanovs Tode keineswegs allzu optimistischen Erwartungen hin. Das Ministerium Stolypin, dem man anfangs mit Vertrauen und dem Wunsch nach segensreichen Zusammenwirken entgegengekommen war, enttäuscht durch die Art und Weise, wie es lediglich durch Versprechungen im alten Gange der Dinge zu regieren sucht, von Tag zu Tag mehr. So sind die neuen Agrargesetze und die Aufteilung der kaiserlichen Domänen schon mehr als dreimal angegriffen worden, ohne daß das Kabinett bis jetzt im Ernst an ihre Verwirklichung gedacht hätte. Der Plan, ein parlamentarischeres Ministerium zu schaffen, das die Wünsche des Volkes kennt und mit ihm in enger Fühlung bleibt, wird in Kadettenkreisen nach wie vor lebhaft verfolgt.

Revolutionsrat. Das Mitglied des Kriegsgerichts in Warschau Generalmajor Doroschewski ist am Montag bei einer Wagenfahrt durch Noworossk verurteilt worden. Der Vater ist entkommen.

Gärung in der Marine. Wie aus Odessa gemeldet wird, herrscht unter den Matrosen der Schwarzen Meer-Flotte eine neue Gärung. Dem Admiral Birlikow soll es nur mit Mühe gelungen sein, die Unzufriedenheiten vorläufig zum Schweigen zu bringen.

Ausland.

Ungarn.
Erzherzog Franz Ferdinand.
Der Sonntag vermittags am Bord der „Mikumar“ in Jara eingetroffen war, verließ am Nachmittag mit der gelamten Flotte den Kanal von Jara. Bei seiner Ankunft wurde er von dem Sigen der Behörden mit Ansprachen begrüßt, in deren Beantwortung er auf den beabsichtigten Besuch des Kaisers in Jara hinwies. Abends trat der Erzherzog mit dem Schwabener in Pola ein und reiste nach einständigem Aufenthalt in der Richtung nach Wien ab.

Frankreich.
Katholische Liga.
Zahlreiche französische Katholiken aller Gesellschaftsklassen verurteilten sich Montag nachmittags bei Henri de Suez und seinen einen Auktion an die französische Katholiken ab, in welchem es heißt, Frankreich sei in Gefahr, von dem Katholizismus in den Bann getan und eine Weite habgieriger Kongregationen

zu werden, weil der Papst, an den die Klagen der französischen Katholiken und die Entschuldigungen der Bischöfe nicht gelangen oder kritisch klangen, den politischen Umtrieben fremder Parteien nachgeben habe. Der Auktion verlangt, daß die Katholiken sich zu einer Liga zusammenschließen, die den Zweck habe, geistliche Autonomievereinbarungen zu gründen, denen keine geistliche Autorität religiöse Autonomiehandlungen zu verhängen können werde und die den Besitz der Klagen und der Stützpunkte sicherstellen werden.

Präsident Gallières
ist Montag früh nach Paris zurückgekehrt und sofort nach Rambouillet weitergereist.

Niederlande.
Erfolgreiche Expedition.
Die nach der Insel Bali abgeordnete militärische Expedition vertrieb nach in Daag eingetroffenen Matrosen nach beifigen Kampfe den Feind aus dem Komplex der Föcher im Südwesten von Bali. Der Feind aus 150 Kriegeren bestanden. Die Bevölkerung dieser Föcher unterwarf sich und lieferte die Gewehre aus.

Rußland.
Ausfuhr von Petroleum.
Die Lösung der Frage einer Erhöhung des Tarifs für die Ausfuhr von Petroleum auf der transkaukasischen Bahn ist auf das Ansuchen des Ausschusses des Kongresses der Rapphthaproduzenten aufgeschoben worden, da dies voraus eine Klärung der Lage auf dem Rapphthamarke wünschen.

Türkei.
Musterica in Vord.
„Mendes Agencien“ meldet aus Vord. Süd unterm 17. September, daß an Vord. des türkischen Truppenkontingents „Agencien“ eine Meuterei ausgebrochen sei, bei der mehrere Soldaten getötet wurden. An Vord. herrsche nunmehr Ruhe.

Perthien.
Die Nationalversammlung.
Mit Genehmigung des Schahs ist am 17. cr. ein am 10. September datierter Erlass betreffend die Nationalversammlung veröffentlicht worden. Zu diesem wird beauftragt, daß die Nationalversammlung aus 150 Mitgliedern bestanden. Die von denen 60 für Teheran und 96 für die Provinzen gewählt werden sollen. Die Wahlen sollen alle 2 Jahre abgehalten werden. Den Mitgliedern wird Unverletzlichkeit zugesichert. Die Abgeordneten für Teheran wählen den Präsidenten und zwei Vizepräsidenten, die jedes Jahr neu gewählt werden sollen. Die Wahlen sind bereits im Gange.

Mittelamerika.

Der Aufstand auf Kuba.
Aus Washington wird uns gemeldet: Man glaubt, daß genug amerikanische Kriegsschiffe in den kubanischen Gewässern kreuzen oder sich auf dem Wege dahin befinden, um 5000 Marinevolontäre und Matrosen binnen vier Tagen an Land setzen zu können. Nach einer Meldung aus Havana, 17. September, gingen nach Erlass des Dekrets, durch welches die Freiwilligen berufen wurden, Regierungsmittler ab, welche mit den Aufständigen zu unterhandeln. Die Mitglieder der Regierung lagen, sie bemüht sich, nach dem Räte Roosevelt den Frieden herbeizuführen, sie hätten auch nichts gegen eine freiwillige Hilfeleistung der Vereinigten Staaten, hielten jedoch eine Intervention für unnötig, da die Friedensvermittlungsbemühungen gute Aussichten auf Erfolg hätten.

Kongresse und Anstellungen.

— XVI. Verbandstag des Verbandes deutscher Völk- und Telemannvereine.
Nachdem der Etat des Verbandes für 1907 mit einigen von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen angenommen worden war, wurde in der Sachmittags Sitzung am Sonntag der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Jahresbeiträge um 25 Mark in jeder Stufe angenommen. In der sodann beginnenden Weiterberatung des Antrages der Reichs-Kommission auf Umgestaltung der Personalordnung wurde sodann festgestellt. In der Besprechung trat als bemerkenswertes Moment hervor, daß die Redner beinahe ausnahmslos zum Ausdruck brachten, daß sie nach den Ausführungen von Ciffinger (V.-Baden) und Eckhard (Berlin) und besonders nach den Erläuterungen des Redakteurs Schrick die vorher eingenommene Stellung zum Frage haben ändern müssen. Ferner wurde von fast allen Rednern der Wilitäranwärterfrage besondere Würdigung zuteil. Ritter (Dortmund) wies auf die hohe Bedeutung des Antrages in sozialpolitischer und finanzpolitischer Hinsicht hin. Die im Antrage geforderte Lösung der unteren Stufen sei eine sozialpolitische Tat. Der Antrag, der den Beamten materielle und ideale Vorteile biete, habe in finanzieller Beziehung den Vorrang vor anderen und einkaufs Fortschritten, die im Parlament und in der Presse auf himmelstürmische Höhen steigen könnten. (Bravo!) Vom Standpunkte der Militäranwärter begrüßte in längeren Ausführungen A. Endt (Berlin) den Antrag, der wegen seiner sozialen Tendenz dem Verbande erhöhte Sympathien bei Parlament und Öffentlichkeit beschaffen werde. Hinsichtlich der Militäranwärter erklärte Redner unter Weill, daß die aus dem Militäranwärterstande hervorgehenden mittleren Beamten für die Lösung ihres Standes und für ihre Familie zu sorgen hätten und erst in zweiter Linie für die Interoffiziere im Heere. Die niedere Beamtenstellung bedeute eine bezweifelbare Fortzüge für die Front-Interoffiziere. Eine zweijährige Ausbildungszeit dürfte für die Militäranwärter genügen, in diesem Sinne möge eine Veränderung im Antrage vorgenommen werden. (Beifall.) Redakteur Hubrich erklärte sich mit den von Militäranwärter betreffenden Wünschen einverstanden, rief aber dringend, die Forderung der zweiten Erwähnung nicht fallen zu lassen. Nachdem noch eine große Anzahl Redner sich in zustimmender Weise für den Antrag ausgesprochen hatte und u. a. von A. Endt (Berlin) hervorgehoben worden war, daß die Beendigung der Militäranwärterfrage durch den Verbandstag den besten Einbruch auf die Militäranwärter nicht bereiten werde, wurde der Antrag unter Beifall mit großer Majorität (mit 243 gegen 6 Stimmen)

